

In dürftiger Zeit

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **105 (2011)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Wir verschwinden nie!

Jetzt ist sie da, die subjektive, beispielhafte und selber gemachte Auswertung der Ausschaffungsinitiative!

Ja stimmten jene, die sich als ModernisierungsverliererInnen fühlen, die also ihre Zustimmung zur Botschaft von den Schuldigen ganz oben (Abzocker) und den Schuldigen ganz unten (kriminelle Ausländer und Sozialschmarotzer) als Nachweis für die Unschuld des Mittelstands nehmen und vor allem als Vergewisserung, dass sie selber noch dazugehören.

Ja stimmten jene gelegentlichen SP-WählerInnen, die kein von einer Parteibindung aufrecht erhaltenes Zugeständnis an die internationale Solidarität mehr vor dem Nachgeben an den kleinen eigenen Fremdenfeind im Innern und dem «Recht auf die eigene Meinung» bewahrt.

Ja stimmten schliesslich die freiheitlich denkenden KleinbürgerInnen, die tatsächlich glauben, dass sie ihr eigenes, momentan nicht ganz so alarmierendes Prekariat, sich selber erarbeitet haben und die sich ihre Rechtschaffenheit als eine persönliche Tugend anrechnen, nicht achtend ihren Mangel an Möglichkeiten, sich zu bereichern – und ebenfalls ohne Reflexion auf ihre verzweifelte Illusion, in diesem Land noch mal etwas Besseres zu werden. Denn genau genommen wären Aufstiegschance oder Bereicherungsgelegenheiten die wahren und einzigen Motive, die sie vom Rechtsbruch, für den sie die AusländerInnen mit dem Ja zur Ausschaffungsinitiative bestrafen wollten, abgehalten hätten.

Schliesslich ist dieses Ja auch die Bestrafung der anderen für das Geniessen dessen, was die StimmbürgerInnen glauben, sich selber tugendhaft zu versagen und was ihnen aber tatsächlich nur durch die neoliberalen Verhältnisse vorenthalten wird. Wo seit Bundesrat Blochers Demontage-Arbeit im Rechtsstaat und seit der Finanzkrise immer mehr Rechtsbeugung und Rechtsbruch unter der Drohung des wirtschaftlichen Kollapses hingenommen werden muss und wo, wie der Bürger schon länger weiss, der Ehrliche der Dumme ist, wächst das Bedürfnis nach Abhilfe. Der neue Rigorismus im Strafgesetzbuch widerspiegelt nichts anderes als die unversöhnliche Abdankung der zu blossen MeinungsträgerInnen verkommene(n) Citoyens. Wenn Macht bedeutet, etwas, das man tun könnte, nicht zu tun, dann ist der

Impuls des Bürgers, alles was real oder imaginiert in seiner Macht steht, auch bis aufs Letzte zu tun, das Eingeständnis seiner Ohnmacht und auch die Rache dafür. Oder wie es Friedrich Nietzsche ausdrückte: «die Vergiftung der Welt durch die Moral aus Ressentiment».

Und also verkündet der pragmatische Volksmund immer dreister seine Parolen. Nicht die geringste unter ihnen lautet: «Probleme sind da, um gelöst zu werden.» Der Schrecken, der in diesem Ausspruch steckt, zeigt sich im Umstand, dass oft eine Lösung nur stark gemacht wird, um die Probleme zu kreieren, die man gerade haben will. Abgesehen davon, dass die Gesellschaft der einfachen Lösungen immer eine barbarische ist, fällt hier speziell auf, wie das Entfernen, das Wegweisen und das Ausschaffen immer mehr zum Star unter den einfachen Lösungsansätzen avanciert. Nachdem lustigerweise die Reichen anlässlich der Steuerinitiative mit der Drohung des Wegzugs quasi ihre Selbstausschaffung in Aussicht gestellt haben und damit auch erfolgreich waren, wird offenbar, dass das Thema der Ausschaffung auch noch auf einer anderen Ebene verhänglich oder modern ist. Möchte die Polizei wieder härter auftreten, findet sie in einigen Randständigen auf öffentlichen Plätzen genug Anlass, der Bevölkerung ein Wegweisungsgesetz vorzulegen. Will die Schule zeigen, dass auch in Problemquartieren eine Lehrkraft pro Klasse voll aufgenügt, erfindet sie das Time-Out, die zeitweilige Wegweisung schwieriger SchülerInnen. Die IV-Versicherung, die ihr Budget sanieren will, schiebt ihre Leutet in die Sozialhilfe. Die Sparspitäler schicken alle PatientInnen, die nicht mehr an Schläuchen hängen, nach Hause. Das Urprinzip, das hier Pate steht und als neoliberale Mentalität längst in den Individuen verankert ist, ist das der permanenten Kündigungsdrohung. Ich kann jederzeit von dort, wo ich tätig bin, weggewiesen werden und habe es zu akzeptieren. Das Bleiben trotz Problemen, das Aushandeln, das Suchen von Kompromissen usw. findet nur noch in hochproblematischen Zwangssystemen wie der Familie oder der Psychiatrie statt. Es scheint, dass die Zeit reif ist für mehr Aufsässigkeit und für neue Arten von Bleibetechniken.

Rolf Bossart